

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Umgestaltung der Lohnsteuer.

Der Fünfkamerale Ausschuss des Reichstages lehnte seine Beratungen über die zweite Steuernotverordnung fort. In einem angenommenen Antrag wurde der Regierung nahegelegt, bei den Abzügen der Steuer vom Arbeitslohn die Ermäßigung für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählenden Familienangehörigen auch auf Kinder bis zu 18 Jahren (statt bis zu 17 Jahren) auszuweiten. Weiter empfahl der Ausschuss der Regierung, den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Interesse der Vereinfachung in der Weise umzugestalten, daß der Abzug statt von den einzelnen Löhnen auf Grund individueller Berechnung von der Gesamtsumme der von den Arbeitgebern gezahlten Gehälter erhoben wird.

Die dritte Steuerverordnung.

Das Reichskabinet erklärte nach halbamtlicher Mitteilung in seiner letzten Sitzung die Grundfragen der dritten Steuernotverordnung. Die steuerlichen Vorschläge des Reichsfinanzministers wurden unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung grundsätzlich gebilligt. Aber die Einzelheiten der Auswertungsfrage wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. Beratungen über die Verpflichtung der Aufstellung von Gutsbilanzen und über die Verlängerung von Bilanzfristen wurden genehmigt.

Programm der badischen Regierung.

Staatspräsident Dr. Koeber sprach in Karlsruhe über die bevorstehenden Aufgaben und sagte, die badische Finanzverwaltung habe sich folgende Ziele gestellt: weitere Vereinfachung der gesamten Staatsverwaltung, weitere Einschränkung des Kreislaufes der Staatsaufgaben, höchste Arbeitsleistung und stärkste Steigerung der Einnahmen, vor allem aber eine gerechte, von allen parteipolitischen Gesichtspunkten losgerissene Steuerpolitik. Im übrigen wird auch von Baden die frühere Steuerhoheit der Länder und Gemeinden über die direkten Steuern erstrebt. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung und der Personalabbau wird durchgeführt, wobei aber schon heute klar ist, daß der vom Reich verlangte Abbau der Landesbeamten Badens um 25 % ganz unmöglich ist.

Die Berliner Kommunistenverhaftungen.

Die Zahl der Teilnehmer an dem kommunistischen Sportfesten-Kongress, der unter dem Decknamen eines Sportclubs in Berlin entgegen dem Verbot tagte, beträgt insgesamt 397. Darunter befanden sich acht Frauen. Aus allen deutschen Ländern waren Delegierte erschienen. Die überwiegende Mehrzahl der Festgenommenen ist nach eingehender Vernehmung entlassen worden. Gegen die übrigen wird die Verbannung der Schutzhaft durch den Militärbefehlshaber in Frage kommen.

Silbspolizei in Sachsen.

Nachdem die außerstädtische Reichswehr zum größten Teil an ihre Stammorte beordert worden ist, fällt der sächsischen Polizei die Aufgabe zu, die durch die Reichswehrtruppen geschaffene Ruhe und Ordnung zu erhalten. Da die sächsische Polizei aber eine große Zahl von Feststellungen aufweist, hat der Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen die Aufstellung einer Silbspolizei verfügt. Aufstellungsorte dieser Polizei sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Glauchau und Riesa. Sie soll mit Rücksicht auf die fehlende Polizeivorbildung nicht im Polizeieinzeldienst verwendet werden, sondern nur einen starken Rückhalt für die bestehende Polizei bilden.

Die Frage des Beamtenabbaus.

Der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, hat folgende Entschlieung gefaßt: Weil dem bevorstehenden Beamtenabbau bitten und fordern die ehemaligen Frontsoldaten von der Reichsregierung und den Landesregierungen, daß die ehemaligen Frontkämpfer, die für den Staat am meisten geblutet haben, zuletzt entlassen werden. Der Stahlhelmbund brachte die Forderung dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gewerkschaftsrat, den nationalen Berufsverbänden und dem Deutschen Beamtenbund zur Kenntnis mit der Bitte, seine Forderungen zu ihrer Forderung zu machen.

Aus In- und Ausland.

Weimar. Nach einer Meldung hat die Thüringer Landesregierung die Wschi, die Neuwahlen auf Sonntag, den 13. Januar 1924, anzusetzen.

Kattowik. Der Erlass einer Verordnung steht bevor, wonach der zehnprozentige Lohnsteuerabzug ab 1. Januar 1924 in Polen eingeführt wird, der auch für Ober-schlesien Geltung haben wird.

Brüssel. Hier geht das Gerücht um, daß Herr v. Hoersch von der Reichsregierung zum Gesandten in Brüssel ernannt werden soll.

London. Der deutsche Botschafter hat in einer einständigen Unterredung im Auswärtigen Amt die schwebenden Verhandlungen über die Reparationen und die Ruhrfrage besprochen.

London. Eine aus Athen abgeschickte Meldung besagt, es werde angenommen, daß eine dynamische Krise unmittelbar bevorsteht. Die Kräfte des Königs Georg werde vorwiegend gehalten.

Moskau. Poincarés benachrichtigte Tischfischerin telegraphisch, daß er gemäß den Bemerkungen der Sowjetregierung beschloffen habe, den russischen Soldaten, die den letzten Transport nicht erreicht hätten, die Möglichkeit zur Heimkehr zu verschaffen.

Mut zur Armut.

Als es uns noch gut ging und wir reich und mächtig waren, galten die Auslassungen der Finanzgewaltigen in unseren Parlamenten als der Inbegriff der Trodenheit und der Langweiligkeit. Wer sich mit ihnen nicht aus einem besonderen Interesse zu befassen hatte, der überließ sie gern, wenn er sie in seiner Zeitung fand, und das mit Recht. Der Finanzmann, der sachlich sein wollte, glaubte es am besten zu sein, wenn er recht langweilig war, und im übrigen wußte man ja von vornherein, daß er mit den vorhandenen Steuern nicht auskommen würde, daß man also mehr werde zahlen müssen. Darüber schimpfte man ein wenig, aber man zahlte, und sagte sich im stillen, daß es wirklich längst nicht so schlimm sei, wie es gemacht werden mußte, damit der Finanzverwalter nicht übermüht werde.

Ja, so war's in dem stolzen Deutschen Reich von ehemals. Seit unserem Zusammenbruch sind die Reden der deutschen Finanzminister nicht kurzweiliger geworden — weiß Gott nicht — aber immer von der Art, daß niemand

an ihnen vorbeigehen konnte, immer übermühter legte sich der Abdruck, der von ihnen ausging, jedem einzelnen auf die Brust, und die letzte finanzministerielle Rede, die wir gehört haben, jene, die Dr. Luther im Reichstag hielt, war mit erschütternder Tragik förmlich geladen, war ein jäher Ausschrei der lastenden Not, der äuldenden Sorge um unser aller Schicksal. Auf Schlimmes war ich gefaßt, so ungefähr sprach Dr. Luther, als ich das Finanzressort übernahm, aber die Einblicke, die ich seitdem in den Abgrund unseres Elends gewann, ließen mich erstarren. Wir sind am Ende mit unserer Kraft, und wenn nicht jeder von uns um des Vaterlandes willen hergibt, was er irgend entbehren kann von seinem materiellen Besitz, so ist unser Schicksal besiegelt. Werfen wir uns dem Schicksal entgegen! Mut zur Arbeit, Mut zur Armut — das ist's, was uns nottut.

Hat Dr. Luther zu viel gesagt? Hat er etwa nur leere Schreialbiter an die Wand gemalt? Die Tatsache, daß den Beamten die letzte Gehaltsrate nur zum Teil ausgezahlt werden konnte, die Tatsache, daß wir auch die Kosten für die Rechtspflege nicht mehr im bisherigen Umfang aufbringen können, zeigt uns, wie furchbar unsere finanzielle Zerrüttung ist. Und hat der Finanzminister zu viel verlangt, wenn er Mut zur Arbeit und Mut zur Armut von uns forderte? Mut zur Arbeit und Mut zur Armut! Ein Kernspruch, wie er schlagkräftiger selten gedrückt worden ist, ein Ruf, der wie Donnerhall durchs Land bräusen sollte. Sollte! Aber noch bräusen er nicht, wohl darum nicht, weil man sich über Jubel und Bedeutung dieses Kernwortes noch nicht hinlänglich klar geworden ist.

Mut zur Arbeit — ja, warum nicht? Haben wir diesen Mut denn nicht immer gehabt? Hat man uns denn nicht immer gesagt, daß es die Arbeit, die zähe, planvolle Arbeit des tüchtigen deutschen Volkes gewesen ist, die Deutschland reich, stark und mächtig gemacht hat? Gewiß hat man uns das gesagt, und man sagte uns damit etwas durchaus Richtiges. Aber rechtshaffene Arbeit für guten Lohn zu leisten, das ist am Ende nichts Besonderes; sie ist jeder Mensch von stüchlichem Durchschnittformat. Heute wird anderes, viel Größeres von uns verlangt: wir sollen arbeiten, ohne daß unsere Arbeit uns unmittelfach den vollen klingenden Lohn bringt! Von dem Großteil unserer Arbeit, ja sogar von einem Teil unseres Vermögens, soll zunächst einmal der Staat leben, und das soll unser Lohn sein, daß wir unsere eigene staatsbürgerliche Existenz retten, indem wir den Staat, der die Grundtage dieser Existenz ist, vor dem Zusammenbruch retten. — Das ist's, was der Ruf zur Arbeit und zur Armut bedeutet.

Wir müssen den Mut zur Armut aufbringen, wir müssen zu der Erkenntnis gelangen, daß wir ein total verarmtes Volk sind, einer Erkenntnis, die vielen von uns bisher leider immer noch gefehlt hat, und wir müssen uns mit dieser Tatsache entschlossen Mutes abfinden, wenn wir unser Los nicht noch schlimmer machen wollen, als es ohnehin schon ist. Die Wahrheit ist, daß es uns allzu lange viel zu gut gegangen ist. Es hat schon lange vor dem Kriege nicht an Stimmen gefehlt, die warnend darauf hinwiesen, daß wir zu schnell reich geworden sind, daß wir zu viel für Luxuszwede ausgaben, daß wir uns allzu sehr an Wohlleben gewöhnt hätten, und daß wir darum doppelt übel daran sein würden, wenn einmal die Not in unser Haus einziehe. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß wir noch nach unserem Zusammenbruch, statt energisch die Konsequenzen zu ziehen, die Dinge treiben ließen wie sie treiben wollten, obwohl es nicht schwer war, zu erkennen, daß wir dem Abgrund zureiben mußten, vor dem wir stehen. Statt gleich den Schritt zu tun, den wir heute tun müssen, haben wir uns mit dem Druck von Papiergeld geholfen, solange, bis die Geldspaltenbilder, die wir uns vorkaufelten, ins leere Nichts verschwanden. Hätten wir den Schritt, den wir heute in unser leibendiges Fleisch tun müssen, früher, viel früher getan, er hätte nicht so tief und nicht so schwerhaft zu sein brauchen.

Wenn es einen Trost für uns gibt, so ist es der, daß es für die Operation, die wir jetzt an uns vornehmen müssen, noch nicht zu spät ist, daß sie uns Heilung bringen kann, wenn sie nur ordentlich durchgeführt wird. Den Mut zur Arbeit haben wir immer gehabt. An unserer Armut werden wir schwer zu tragen haben, und da es, um mit Dante zu reden, keinen größeren Schmerz gibt, als sich im Unglück vergangener glücklicher Tage zu erinnern, so wird uns diese Last sehr schwerlich drücken. Aber sie muß getragen werden. Tragen wir also das Unvermeidliche mit Mut und mit Würdel. Nur so werden wir den Ausweg finden, aus dieses Tales Gründen, die der finstere Reibel drückt! —

Berlin und Paris.

Antwort aus Brüssel.

Die amtlichen Berichte über die Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Geschäftsträger in Paris zwecks Herbeiführung direkter Verhandlungen bringen außer dem bereits Bekanntem noch eine wesentliche Ergänzung der Poincaréschen Forderungen. Es heißt nämlich in der französischen Antwort, daß Poincaré nicht verzichten könne auf die Zuständigkeit der französischen Behörden im besetzten Gebiet und der Rheinlandskommission, wenn es sich darum handelt, einen für beide Teile erträglichen Zustand zu schaffen. In den ersten Veröffentlichungen hatte es den Anschein, als wenn Frankreich verlangte, überhaupt und für alle Zukunft auf seine der jetzigen Machtvollkommenheiten zu verzichten. Man könnte in der jetzt feststehenden Form der Antwort immerhin den Ansatz zu einer Erleichterung der Verhandlungen erblicken.

Fortgang der Verhandlungen.

Die deutsche Regierung wird nach zuverlässiger Information die Möglichkeit der Verhandlungen nunmehr mit allem Nachdruck weiter verfolgen. Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen der deutsche Geschäftsträger in Paris mit Poincaré auf neue Besprechungen abhalten über die deutschen Wünsche. Die Forderungen, die Deutschland zu stellen hat, sind bekannt. Es sind die Durchführung der deutschen Besinnungen, die Freilassung der Gefangenen, die Wiederherstellung des Verkehrs und überhaupt die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit mit allen technischen Einzelheiten. Es muß dabei im Auge befaßt werden, daß diese Verhandlungen sich zunächst nicht auf das Reparationsproblem erstrecken werden, denn hierüber muß selbstverständlich mit den Alliierten in ihrer Gesamtheit verhandelt werden.

In der deutschen Veröffentlichung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die französische Regierung sich täuschen würde, wenn sie etwa annähme, daß schon durch diese Verträge der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten gewährleistet sei, oder wenn sie glaubte, die für diesen Wiederaufbau noch notwendigen Maßnahmen könnten einseitig von französischer Seite getroffen werden. Die deutsche Regierung beharrt ohne Einschränkung auf ihren oben nochmals aufgeführten Forderungen.

Die belgische Antwort.

Die schriftliche Antwort der belgischen Regierung auf die Schritte des deutschen Geschäftsträgers in Brüssel, Herrn v. Ködiger, ist in Berlin eingetroffen. Sie stimmt sachlich mit der französischen im wesentlichen überein, behandelt aber die aufgeworfene Frage der unmittelbaren Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Okkupationsmächten in freundlicherem Tone als die französische. Abgesehen von gewissen Abweichungen sachlicher Natur, die für das Verhältnis zwischen Belgien und Deutschland gegenüber dem deutsch-französischen in Betracht kommen, ist dabei vielleicht nicht ohne Einfluß gewesen die Tatsache, daß die belgischen Pläne für die Regelung der Ruhrfrage bei den Anregungen der Reichsregierung ziemlich weitgehend zugrunde gelegt waren.

Amerikanische Anleihe?

Widerspruch in Paris zu erwarten.

Die amerikanische Regierung hat, wie man aus New York hört, jetzt Schritte unternommen, um mit Hilfe der amerikanischen Bankwelt die Anleihe zugunsten Deutschlands vorzubereiten. Diese Anleihe soll an Großzügigkeit alle bisherigen Finanzoperationen weit hinter sich lassen. Voraussetzung für ihr Zustandekommen ist jedoch, daß die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission von Erfolg gekrönt seien. Man erwartet, daß andere Länder, vor allem Großbritannien, sich an der Zeichnung der Anleihe beteiligen werden, doch soll sie in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten selbst aufgebracht werden.

Aus Pariser Blättern erfährt man, daß in Paris und auch in Brüssel Widerspruch gegen die amerikanischen Absichten zu erwarten ist, namentlich, soweit es von den Amerikanern verlangt wird, das Recht für die Anleihe in Betracht kommt. Die Reparationskommission wird nunmehr voraussichtlich sofort über die amerikanischen Lebensmittellredite verhandeln.

Für Rhein und Ruhr.

Ausgebung des Preussischen Landtages.

In der Ansprache, mit welcher Präsident Leiner die bis zum 22. Januar 1924 Landtagessitzung schloß, hob er hervor, daß im Landtage niemals anerkannt worden sei, daß Frankreich irgend ein Recht gehabt hätte, das Ruhrgebiet zu besetzen. Was dort verübt worden sei an Gewalttätigkeiten, an Rechtsbruch und an Herbeiführung einer Wirtschaftskrise ungehörlicher Art, das sei im Landtag oft genug gedrondmarkt worden, ebenso wie die Tätigkeit der im Bunde mit den Franzosen und Belgiern arbeitenden Separatisten. Aber alle ihre Nachenschaften seien gefehlet an dem festen Willen der Rhein- und Ruhrbevölkerung, beim Deutschen Reich und bei Preußen zu bleiben. Diese Bevölkerung habe ein machtvolles Bestreben treuensüchtlens abgelegt. Im Landtage ist der Bevölkerung sehr oft zugerufen worden, daß wir zu ihr stehen. Der Präsident sprach darauf der Rhein- und Ruhrbevölkerung für ihr treues Festhalten am Mutterlande den herzlichsten Dank aus.

Kabr warnt!

München, 18. Dez. Generalkommissar von Kabr, Landeskommissar von Lossow und Polizeidirektor von Seiffert machen bekannt: „Es liegen Anzeichen vor, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not, die von heute auf morgen zu bestehen in seines Menschen Macht liegt, ausnützen wollen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Jede Störung der Ordnung muß die Not noch weiter verschärfen. Vor jedem solchen Versuch wird nachdrücklich gewarnt. Wer sich an Aufstellungen in irgendwelcher Form, auch als Zuschauer, beteiligt, begibt sich in Lebensgefahr. Die bewaffnete Macht, Reichswehr und Landespolizei, werden die Durchführung ihrer Anordnungen mit der Waffe, wenn nötig mit der Schußwaffe, erzwingen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Standgerichtsverordnung vom 9. November jeden bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt mit dem Tode oder mit Zuchthaus bedroht.“

Der Düsseldorf'sche Schupoprozeß.

s. Düsseldorf, 18. Dezember.

Nachdem sämtliche Anträge der Verteidigung, die auf die Unzulänglichkeit des französischen Kriegsgerichts hingewiesen hatten, abgelehnt waren, wurde zunächst der Angeklagte Hoffner, der Chef der Blauen Polizei, vernommen. Er erklärte, daß in einer Vorbesprechung bestimmt worden sei, daß Blau-Polizisten eingesetzt werden sollten, wenn es zu Zusammenstößen mit Kommunisten kommen würde. Wenn sich Ausschreitungen ereigneten, so sollte der Polizeibeamt Dr. Haas persönlich angerufen werden. Er habe aber an dem Sonntag Dr. Haas nicht erreichen können und schließlich auf die Hilfe des Besatzers der bedrängten Polizeibeamten des Eingreifen seiner Kräfte angeordnet.

Der zweite Angeklagte, der Kommandeur der Grünen Polizei, Major Engels, sagte auf Befragen, welche Stimmung damals bei seinen Leuten gegenüber den Demonstranten geherrscht habe: „Wir sind Deutsche, und das wir Leute, die Hochverrat begehen, nicht besonders ehren und achten können, ist selbstverständlich.“

Der Hauptmann der Grünen Polizei Winkelmann erklärte, daß die im Hofe bereisende Mannschaft erst eingesetzt wurde, als von den Separatisten verübete Missetaten ankommen und gleich darauf ein blauer Polizist die Meldung brachte, seine Kameraden würden angegriffen und zusammengeworfen. Auf den Einwand des Vorsitzenden, daß er trotzdem den Befehl des Delegierten Dr. Haas hätte einholen müssen, da ein Soldat sich an seine Befehle zu halten habe, erklärte der Beamte: „Wir sind keine Soldaten, sondern Polizeibeamte, und wir schreiben nicht erst ein, wenn es uns befohlen wird, sondern auf Grund geschätzter Erfahrungen.“

Die Aussagen der Angeklagten Leutnant Vogel, Oberleutnant Böhl und Hauptmann Pfeiffer lauteten ähnlich wie die der zuerst vernommenen Angeklagten.